

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altenreig-Stadt

Abbestellb. erhalt. Kustliche Abrechnungen mit keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei...
Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf.
Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 161

Altenreig, Dienstag den 14. Juli 1931

54. Jahrgang

Aufruf der Reichsregierung - Zwei neue Notverordnungen

Notverordnungen des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank und über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931

Berlin, 13. Juli. Der Hooverplan hat der Finanzwirtschaft des deutschen Reiches eine starke Entlastung verschafft. Eine große Geldsumme, auf deren Weiterbefassung das Reich Anspruch hatte, konnte den Banken zurückgegeben werden. Für die private Wirtschaft aber wurde in diesen Wochen, in denen um diesen Plan gerungen wurde, ungeheurer Schaden angerichtet. In die Milliarden gehende Summen, die vom Ausland kurzfristig nach Deutschland geliehen waren, sind angesichts der Unsicherheit der Lage zurückgezogen worden. Auch heute ist die volle Verzinsung nicht eingetreten. Da es jedoch das Ziel sein muß, daß die deutsche Wirtschaft wieder dahin kommt, mit eigenen Mitteln zu arbeiten, so ist es doch jetzt notwendig, wenn nicht schwerste Störungen eintreten sollen, daß weitere Abzüge unterbleiben. Die Forderungen der Reichsbank und der Golddiskontbank sind darauf gerichtet, möglichst langfristige Kredite des Auslands zu erlangen, um der privaten Wirtschaft zu helfen, ihre Notstände zu überwinden.

Trotz aller Bemühungen ist im Verlaufe dieser Vorgänge eines der größten Bankinstitute, die Darmstädter- und Nationalbank in Liquidation geworden. Die Reichsregierung erachtet es für ihre Pflicht, und der Reichspräsident hat hierzu die notwendigen Vollmachten erteilt, den großen Gefahren, die aus dieser Liquidation drohen, zu begegnen. Es handelt sich nicht darum, das Vermögen der Bank zu retten, sondern es handelt sich darum, den Hunderttausenden von Kunden der Bank ihren Besitz zu erhalten und damit ihre Unternehmungen vor der Betriebs Einstellung oder gar vor dem Untergang zu retten. Nur aus diesen Gesichtspunkten wird das Reich für etwaige Ausfälle, die eintreten können, aufkommen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Geschäfte der Bank von Treuhändern der Reichsregierung überwacht werden. Irigendwelche Unregelmäßigkeiten, die mit den Gesetzen in Widerspruch stehen, sind nicht festzustellen.

Es kommt darauf an, daß das deutsche Volk in dieser schweren Lage die Notwendigkeit behält und nicht durch mangelndes Selbstvertrauen die Schwierigkeiten vermehrt.
Berlin, 13. Juli 1931. Die Reichsregierung.

Notverordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank

Berlin, 13. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

- § 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, in Ansehung der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, die durch die Geldkrise in ihrer Liquidität bedroht ist, Garantien zu übernehmen.
- § 2. Die Reichsregierung kann im Falle der Übernahme einer Garantie anordnen, daß Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen gegen das Vermögen der Bank nicht stattfinden und daß der Konturs über das Vermögen der Bank nicht eröffnet wird. Die gleiche Anordnung kann die Reichsregierung für das Vermögen eines persönlich haftenden Gesellschafters der Bank treffen, wenn sie es im Interesse der Gläubiger der Bank für notwendig erachtet. Eine solche Anordnung bewirkt, daß der persönlich haftende Gesellschafter den gleichen Beschränkungen unterliegt, die in dieser Verordnung und ihren Durchführungsbestimmungen für die Bank getroffen werden.
- § 3. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften über die Geschäftsführung und Vertretung der Bank, über die Dienstverhältnisse und vermögensrechtlichen Ansprüche der persönlich haftenden Gesellschafter, Angestellten und Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der Bank, sowie die zur Durchführung dieser Bestimmungen erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsanordnungen zu erlassen. Sie kann für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften Beschlagnahmestrafen bis zu 3 Jahren und Geldstrafe oder einer dieser Strafen androhen.
- § 4. Die Maßnahmen, die gemäß dieser Verordnung oder der Durchführungsbestimmungen getroffen werden, bestünden keinen Anspruch auf Entschädigung.

Diese Verordnung tritt am 13. Juli 1931 in Kraft.
Neudorf, den 13. Juli 1931. Der Reichspräsident (ges.) v. Hindenburg.

Verordnung über die Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931

Berlin, 13. Juli. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 wird verordnet:

Artikel 1
1. Die Reichsregierung übernimmt namens des Reichs die Ausfallbürgschaft für die Erfüllung der Verbindlichkeiten der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien 1. aus Bareinlagen, 2. aus laufender Rechnung, 3. soweit sie selbst in den Büchern der Bank als Kreditoren geführt werden, 4. auf eigenen Aktien der Bank.

2. Die Ausfallbürgschaft besteht insoweit nicht, als der Verbindlichkeit der Bank eine zur Ausrechnung geeignete Verbindlichkeit des Gläubigers gegenübersteht. Die Ausfallbürgschaft besteht ferner nicht für Verbindlichkeiten gegenüber persönlich haftenden Gesellschaftern der Bank für Verbindlichkeiten gegenüber einer der Bank abhängigen Unternehmung, sowie für Verbindlichkeiten aus Rechtsabhandlungen, die im Falle des Konkurses oder bei Anwendbarkeit des Insolvenzgesetzes der Ansetzung unterliegen würden.

Artikel 2
Der Reichsregierung bleibt vorbehalten, anzuordnen, daß für Verbindlichkeiten, die nach einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt entstehen, die Ausfallbürgschaft des Artikels 1 nicht besteht.

Artikel 3
1. Die Reichsregierung bestellt für die Bank einen oder mehrere Treuhänder.
2. Die Wirksamkeit von Willenserklärungen der Bank ist von der Zustimmung mindestens eines der Treuhänder abhängig. Die Treuhänder können die Zustimmung für gewisse Arten von Willenserklärungen allgemein im voraus erteilen; sie können mit Einwilligung der Reichsregierung ihre Befugnis zur Erteilung von Zustimmungen auf andere Personen übertragen.

Artikel 4
Die Treuhänder werden ermächtigt, Dienstverträge, welche die Bank geschlossen hat, insbesondere solche mit leitenden Angestellten, mit der gesetzlichen Frist zu kündigen und die Ansprüche auf Anteile am Gewinn oder sonstigen Besolungen, soweit sie persönlich haftenden Gesellschaftern oder Aufsichtsratsmitgliedern zustehen, herabzusetzen.

Artikel 5
1. Die persönlich haftenden Gesellschafter sind verpflichtet, auf Verlangen eines Treuhänders die Generalversammlung einzuberufen; das Recht der Aktionäre der Bank, die Einberufung der Generalversammlung zu verlangen, ruht bis auf weiteres.
2. Die persönlich haftenden Gesellschafter sind ferner verpflichtet, Ansprüche und Befugnisse Dritten gegenüber von Seiten eines der Treuhänder geltend zu machen.

Artikel 6
Die Bank darf bis zum 31. Juli 1931 aus Verbindlichkeiten, die vor dem 13. Juli 1931 entstanden sind, und für die das Reich nach Artikel 1 die Ausfallbürgschaft übernimmt, mit Ausnahme der Verbindlichkeiten aus eigenen Aktien, Auszahlungen nur nach Weisung eines der Treuhänder leisten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931

Berlin, 13. Juli. Auf Grund des § 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1
Die Reichsregierung wird ermächtigt, Bankfeiertage zu erklären. Sie bestimmt auch, für welche öffentlichen und privaten Kreditinstitute und Einrichtungen Bankfeiertage gelten, und welche Rechtswirkungen mit ihnen verbunden sind.

§ 2
Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 13. Juli 1931 in Kraft.
Neudorf, den 13. Juli 1931.

Der Reichspräsident (ges.) v. Hindenburg.

Zweitägige Schließung der deutschen Sparkassen und Kreditinstitute

Berlin, 13. Juli. Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten vom heutigen Tage hat die Reichsregierung angeordnet, daß alle Banken, Sparkassen und anderen Kreditinstitute mit Ausnahme der Reichsbank Dienstag und Mittwoch dieser Woche geschlossen bleiben. Die Reichsregierung und die berufenen Vertreter der Banken und Sparkassen werden im Verlauf dieser zwei Tage die nötigen Maßnahmen und Vorbereitungen treffen, damit am Donnerstag die zur Weiterführung der Wirtschaft und der Bewir-

lung der Gehalts- und Lohnzahlungen erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Die Wertpapierbörsen bleiben voraussichtlich bis Ende der Woche geschlossen.

Die heutige Abend Sitzung des Reichskabinetts
Berlin, 14. Juli. Die bereits veröffentlichte Verordnung zur Durchführung der Notverordnung über die Bankfeiertage war der Hauptberatungsgegenstand der Sitzung des Reichskabinetts, das sich um 10 Uhr abends versammelte. Im Anschluß daran wurden die kreditpolitischen Fragen behandelt. Gegen Schluß der Aussprache nach Mitternacht wurde das offizielle Kommuniqué über die Verhandlungen des Verwaltungsrats der B.Z. bekannt. Es kam aber zu keiner abschließenden Stellungnahme, für die der noch nicht vorliegende französische Text des Kommuniqués abgewartet werden soll.

Einschränkung der Auszahlungen bei den Banken
Berlin, 13. Juli. Da die Reichsbank infolge der Kreditreduktion nicht in der Lage ist, die legitimen Ansprüche der Banken zu befriedigen, ferner im Hinblick auf die Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank haben sich die übrigen Banken zu einer Reduzierung der Auszahlungen entschlossen. Eine entsprechende Verständigung zwischen Reichsbank, Privatbanken und Sparkassen ist bereits erzielt worden, jedoch ab Montag die Auszahlungen nicht mehr in vollem Umfang vorgenommen werden.

Beratungen der B.Z.

Basel, 13. Juli. Der Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist am Sitz der Bank zu der für heute angeordneten Beratung zusammengetreten. Die Gouverneure und Präsidenten der Notenbanken sind vollständig erschienen. Von deutscher Seite sind anwesend Geheimrat Dr. Bode sowie die Verwaltungsratsmitglieder Dr. Reichard und Reich. Reichsbankpräsident Dr. Luther wird gegen 2.30 Uhr in Basel eintreffen. Wie man aus Kreisen der B.Z. erfährt, wird die Lage Deutschlands als äußerst ernst betrachtet. Die Nachricht über den Schicksal der Darmstädter- und Nationalbank hat hier größtes Aufsehen verursacht und wird als weiteres Faktum für den Ernst der deutschen Lage angesehen. Die beherrschende Frage ist die, wie Deutschland gehalten werden kann, und hinter dieser Frage treten alle anderen Probleme zurück. Man hört, daß die Verlängerung des Ueberbrückungskredits in Höhe von 100 Millionen Dollar über den 16. Juli hinaus auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen dürfte, da ziemlich Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Verlängerung besteht. Als viel schwieriger wird die Frage angesehen, welche weiteren Kreditmöglichkeiten für Deutschland geschaffen werden können. Der Eindruck ist der, daß die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich seit ihrem Bestehen sich noch nie einer so ernsten Situation gegenübergefunden hat wie der heutigen.

Notwendigkeit der Unterstützung Deutschlands Erneuerung des Rediskontkredits

Basel, 13. Juli. Die um 10 Uhr abends wieder aufgenommenen Verhandlungen des Verwaltungsrates der B.Z. gingen gegen 11 Uhr zu Ende. Die Bankleitung hat ein abschließendes Kommuniqué veröffentlicht, das folgenden Wortlaut hat:
Der Verwaltungsrat hat von der Darstellung Kenntnis genommen, die der Präsident der Reichsbank, Dr. Luther, von der Situation in Deutschland und von der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage gegeben hat, die trotz der durch die Abzüge von in Deutschland angelegten kurzfristigen Kapitalien hervorgerufenen Krise befriedigend ist. In Anbetracht des Umstandes, daß sich die deutsche Regierung an die verschiedenen Regierungen wegen finanzieller Unterstützung an ihren entsprechenden Märkten gewandt hat, erklärt sich der Verwaltungsrat überzeugt von der Notwendigkeit einer solchen Unterstützung und unter den gegenwärtigen Umständen bereit, an dieser Hilfe mitzuwirken und sie mit allen in Zentralbanken bereitstehenden Mitteln zu unterstützen. In der Zwischenzeit hat der Verwaltungsrat den Reichspräsidenten ermächtigt, in Übereinstimmung mit den anderen beteiligten Instituten die Beteiligung an dem der Reichsbank kürzlich gewährten Rediskontkredit zu erneuern.

Reichsbankpräsident Luther über die Lage

Basel, 13. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Luther, der beim Verlassen des Bankgebäudes der B.Z. von den anwesenden in- und ausländischen Pressevertretern nach seiner Beurteilung der Situation befragt wurde, lehnte kategorisch nähere Auskünfte ab, doch war aus seinen Äußerungen zu entnehmen, daß die Lage nach wie vor sehr ernst sei und daß noch mehr ge-



müsse, als bisher geübt sei. Es sei ein undenkbarer Zustand, daß laufend erhebliche Zahlungen von Deutschland verlangt würden und daß man auf der anderen Seite mit der lauffähigen wirksamen Hilfe zögere. Es werde darauf hingewiesen, daß durch das deutsche Volk immer mehr verarmt, wobei letzten Endes nicht nur Deutschland allein den Schaden zu tragen habe, sondern die ganze Welt, da Deutschland immer weniger in der Lage sein werde, zu importieren, d. h. Lebensmittel, Rohstoffe usw. aus dem Auslande zu kaufen. Die Folgen müßten sich dann diejenigen zurechnen, welche die wirkliche Lage Deutschlands nicht erkannt und den Erfordernissen der Lage keine Rechnung getragen hätten. Das deutsche Finanzproblem müsse heute vor allen anderen Fragen den Vorrang haben.

Die Berliner Presse zur Bankenkrise

Berlin, 14. Juli. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands wird von den Berliner Morgenzeitungen bedeutend einheitlicher und ruhiger beurteilt als gestern abend. Nur die „Deutsche Zeitung“ malt weiter in düsteren Farben ein Bild von der Zukunft des deutschen Volkes und hält strikt an ihrer Forderung einer nationalen Diktatur fest.

Demgegenüber warnt die „Germania“ vor Debatten, Attaken und Experimenten und fordert eine breite Front für die moralische Unterstützung jener Männer, die in diesen Tagen das Ruder führen. Alles käme darauf an, daß die Maßnahmen der Reichsregierung vom Volke her mit allen Kräften der Einsicht und der Vernunft gestützt werden, denn niemandes Bestreben sei irgendwie gefährdet. Eine lauthätig rechnende und handfeste Regierung und ein Volk, das im Glauben an Deutschlands unzerstörbare Zukunft seine Kräfte behält, das sei es, was Deutschland jetzt vor allem anderen nottue.

Sehr optimistisch äußert sich heute früh auch der „Berliner Lokalanzeiger“, der darauf hinweist, daß der Kurs auf die Kreditinstitute erfreulicherweise Momente in sich trage, die eine gewisse Konsolidierung der Verhältnisse von selbst anstreben. Das Blatt prophezeit, daß die abgehobenen Mittel viel schneller wieder in den Kassen sein werden, als mancher zu vermuten geneigt ist.

Auch die „Völkische Zeitung“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bei Überwindung der gegenwärtigen Krise sich herausstellen werde, daß sie allem in allem zum Guten gemein sei. Die einzige Aufgabe des Augenblicks sei, einen bis jetzt noch auf die Danatbank beschränkten Brandherd an einem Umschlagreifen zu verhindern.

Die „D.N.Z.“ beurteilt die Lage im Gegenjah zu gestern abend viel ruhiger und weist darauf hin, daß die deutsche Handelsbilanz in ihrer Aktivität sehr bald gewaltig gesteigert werden würde. Eine weitere starke Vermehrung der Devisen, deren Bestand die Reichsbank gestern zum ersten Mal habe anstreifen können, wäre sicher, und damit die Wiederherstellung eines normalen Zahlungsverkehrs. Das Blatt schließt mit der Forderung, einen Moratoriumsplan für das In- und Ausland sowie einen Kassen- und Preissteuungsplan auszuarbeiten.

Auch die „Berliner Börsenzeitung“ hält an ihrer Auffassung von der Notwendigkeit eines kurzfristigen Moratoriums fest.

Wie Amerika helfen will

Allerlei Erklärungen

Washington, 13. Juli. Der Staatssekretär Cokke hat eine Erklärung dahin abgegeben, daß die amerikanischen Bankiers bereit sind, an einer Hilfsleistung für Deutschland teilzunehmen, daß sie aber die Fiktion in dieser Angelegenheit den europäischen Zentralbanken überlassen würden, deren Vertreter Montag in Basel zusammenkamen. Cokke fügt hinzu, die Leiter der wichtigsten europäischen Zentralbanken einschließlich der Banken von England und Frankreich träten morgen in Basel zusammen und würden zweifellos mit der internationalen Bank die deutsche Bankkrise erörtern. Es liegt auf der Hand, daß dieser Plan für eine banktechnische Lösung von diesen Banken ausgeben müsse, und er jene voraus, daß die amerikanischen Bankiers bereit seien, die Unterstützung dieses wirksamen Plans zu erwidern. Der stellvertretende Staatssekretär hat nach seiner Besprechung mit dem Präsidenten Hoover eine Besprechung mit dem französischen Botschafter Claude. Hierzu wird in Regierungskreisen erklärt, die amerikanische Regierung selbst erwäge kein Vorgehen. Die Mitglieder der Regierung verfolgten die Entwicklung der Lage auf das aufmerksamste und hielten besonders mit Regierungsleuten in Neuport in enger Fühlung.

Newport, 12. Juli. Die Bundesreservebank von Newport veröffentlicht folgende Erklärung des stellvertretenden Schatzamtssekretärs Mills: „Durch das Programm des Präsidenten betreffend den Schuldenschnittausfluß ist die deutsche Regierung von dem kritischen Druck befreit worden, der auf die Verpflichtungen gegen andere Regierungen zurückzuführen war. Mehr als 400 Millionen Dollar sind auf diese Weise während des laufenden Jahres verfügbar geworden. Dies ist die einseitige Richtung, in der die amerikanische Regierung Gelegenheiten über das Recht hat, einzusetzen.“

Es ist allgemein bekannt, daß die Regierung keine Kontrolle über die Auslandsbilanz der Bundesreservebanken hat. Entsprechend einer herkömmlichen vernünftigen Gepflogenheit sind diese Banken von Beeinflussung oder Einmischung der Regierung freigeblieben. Es sollte nicht vergessen werden, daß die Fragen, mit denen wir heute beschäftigt sind, im Grunde europäische Fragen sind, die am besten durch das übereinstimmende Vorgehen derer zu lösen ist, die den Dingen am nächsten stehen.“ Mills hat es abgelehnt, dieser Erklärung noch etwas hinzuzufügen, aber es verläutet, daß er vor Veröffentlichung der Erklärung mit dem Gouverneur der Bundesreservebank in Newport, Harrison, eine Besprechung gehabt hat.

Newport, 13. Juli. Die „Associated Press“ erläutert in einer Meldung aus Washington die bereits bekannten Erklärungen des Staatssekretärs Cokke und des stellvertretenden Schatzamtssekretärs Mills folgendermaßen: „Deutschlands wirtschaftliche Rettung wurde heute nacht von der Regierung auf die Schultern Europas gelegt, das der Mitwirkung der amerikanischen Bankwelt an jedem wirksamen Plan versichert wurde.“

Die Morgenblätter stellen in ihren Leitartikeln und in den Überschriften ihrer mehrere Spalten füllenden Berichte die Schilte zur Lösung der deutschen Finanzkrise mit stiellicher Sicherheit in Aussicht. „Newport Times“ übertrifft ihre Berichte mit folgender Zeile: Die amerikanische Finanzwelt ist bereit, zusammen mit den europäischen Banken dem Deutschen Reich zu helfen.“

Wie die Danat zahlungsunfähig wurde

Durch die Zurückziehung von Krediten

In einer Pressebesprechung bei der Danatbank erörterte Jakob Goldschmidt in Anwesenheit der gesamten Direktion einsehend die Lage, die zu den jetzigen Entschlüssen geführt habe. Die Danat war für normale Zeiten gut verfließt, aber nicht wegen Ereignisse, wie sie sich in den letzten Tagen abspielten, denen keine Volkswirtschaft gewachsen ist. Die Danat hat insgesamt gegenüber dem Kreditorenstand vom 30. Juni 1930 950 Mill. bis 1 Milliarde ausbezahlen müssen und alle Banken zusammen 2 Milliarden. Das bedeutet, daß die Danat 50 Prozent aller Gesamtzurückziehungen auf sich gelenkt hat. Es sind abgezogen im Monat Mai 100 Mill., im Monat Juni 300 Mill., in der Zeit vom 1.—11. Juli 250 Mill., zusammen 650 Mill. Das sind allein ein Drittel aller Abziehungen, die nur von der Danat geleistet werden mußten. Derartige Anarisse müssen natürlich auch Schwierigkeiten auf die Aktivwerte der Bank herbeiführen. Die Danat hat gelaubt, den Schritt, den sie jetzt ergriffen hat, solange wie möglich hinauszuziehen und fand sich hierin in Uebereinstimmung mit den mahenden Regierungen, weil man immer noch in der Hoffnung lebte, daß das gesamte Deutschland in irgendeiner Form Kreditverhandlungen zu einem günstigen Abschluß werde bringen können. Nachdem die Versuche der Reichsregierung vorerst gescheitert sind, sah sich die Danat genötigt, an autonome Stellen heranzutreten, zumal immer von neuem Kreditoren angefordert wurden. Den Anstoß zu den besonders starken Abhebungen bei der Danat gaben böswillige Gerüchte, die zum Teil aus der politischen Atmosphäre entstanden und schließlich auch Eingang fanden in ein Schweizer Blatt und in ein Lokalblatt. Der Kurs auf die Danat wurde verfließt, als aufgedeckte Gerüchte über die Nordw. Wölle aufkamen. Die Kredite der Danat bei der Nordw. Wölle betragen 20 Mill. und 13 Mill. bei den Tochtergesellschaften. Die Danat hofft, daß das Ausland erkennen wird, daß es eine Handlungsweise für alle Kreditorenorganisationen der Welt darstellt, so ist man in Regierungsreisen wie in Finanzreisen doch keineswegs verweigert und hofft, daß die jetzige Spannung sich in den nächsten Tagen lösen werde. Fest steht auf alle Fälle, daß die Reichsbank, die von heute ab verstärkte Kreditrestriktionen beschlossen hat, die Danat halten kann, ist es auch auf Kosten der Wirtschaft, da die Sicherung der Valuta das Primäre ist.

Gegenwärtig betragen die Verpflichungen der Danat im Ausland noch 250 Millionen Reichsmarkkredite und 110 Mill. Valutaforderungen. Von den gesamten Kreditoren, die jetzt bei der Danat noch vorhanden sind, sind 552 Mill. kurzfristig innerhalb sieben Tagen zu fordern, von sieben Tagen bis drei Monate 598 Mill. und 75 Mill. für längere Termine. So ernst die Lage sich im Augenblick auch darstellt, so ist man in Regierungsreisen wie in Finanzreisen doch keineswegs verweigert und hofft, daß die jetzige Spannung sich in den nächsten Tagen lösen werde. Fest steht auf alle Fälle, daß die Reichsbank, die von heute ab verstärkte Kreditrestriktionen beschlossen hat, die Danat halten kann, ist es auch auf Kosten der Wirtschaft, da die Sicherung der Valuta das Primäre ist.

Neues vom Tage

Vollkasser von Hoersch bei Briand

Paris, 13. Juli. Der deutsche Botschafter von Hoersch hatte am Montag früh eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand, in der er, wie gestern Ministerpräsident Daladier, ihn von dem Ernst der finanziellen Lage Deutschlands in Kenntnis setzte.

Eine Erklärung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken

Berlin, 13. Juli. Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken übermittelt dem WTB folgende Erklärung: Die Hypothekendarlehenbanken werden von dem durch die Schalterstellung der Darlehens- und Nationalbank offenbar gewordenen Schwierigkeiten nicht berührt. Das deutsche Hypothekendarlehenbankgewerbe ist gesund. Es hat sich der Natur seiner Geschäfte entsprechend nicht kurzfristig verschuldet. Seine langfristigen Emissionen sind voll gedeckt durch langfristige Darlehen aus dem deutschen Haus- und Grundbesitz. Die Darlehenszinsen vom Juli-Termin sind bei der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken überraschend gut eingegangen.

Der deutsche Grundbesitz, heißt es weiter in der Verlautbarung, ist nun einmal das Fundament, auf dem die deutsche Wirtschaft aufbaut, und den sie schützt. Um das Vertrauen dieses Fundaments zu stärken, wird es nötig sein, die den Hausbesitz so schwer schädigende Hauszinssteuer so bald als möglich im Wege der Reformordnung zu beseitigen. Dadurch wird der Wert der Immobilien gesteigert und die Volkswirtschaft wird die Kraft zum endgültigen Aufbau finden.

Der Eindruck in England

London, 13. Juli. Den wichtigsten und katastrophalen Ereignissen in Deutschland schenkt die Londoner Presse die allergrößte Aufmerksamkeit. Die einseitige Maßlosigkeit aus dem Zusammenbruch herauszuwachen, ist nach Ansicht der Finanzblätter die allergrößte Hilfeleistung durch die Banken. „Times“ weiß nach, wie durch die Entschädigungen das neue Kapital aus Deutschland herausgezogen wurde, und daß die Katastrophe nur durch die Haltung der Gläubiger zur Tafelbe geworden sei.

Zusammentritt des Kabinetts des Reichstags

Berlin, 13. Juli. Nach den Kommunisten, die in einem Schreiben an den Präsidenten Loh den Zusammentritt des Reichstagsplenums gefordert haben, haben jetzt auch die Nationalsozialisten in einem Brief an Loh den baldigen Zusammentritt des Kabinetts des Reichstags verlangt. Wie das Nachrichtenbüro des WTB weiter meldet, war der Vorstand der deutschen nationalen Reichstagsfraktion am Montag nachmittag zusammengetreten. Es ist anzunehmen, daß im Kabinettsrat auch die Deutschnationalen die Einberufung des Reichstags verlangen werden. Angekündigt ist bisher noch die Haltung der Sozialdemokraten.

Henderson reist nach Paris

London, 13. Juli. Nach einer Reutersmeldung wird Staatssekretär des Auswärtigen Henderson Dienstag früh zu seinem Pariser Kulturnot abreisen. Er wird dort auf Einladung der französischen Regierung der Kolonialausstellung einen Besuch ablegen und dann am Donnerstag nach Berlin weiterreisen. Premierminister Macdonald wird am Freitag früh im Flugzeug von London abreisen und abends in Berlin gegen 8 Uhr abends ein treffen.

Betrone Kaptallüftung

Basel, 12. Juli. Nach Meldungen der Neuen Rheinländer Zeitung (Schweiz), haben verschiedene schweizerische Banken, darunter auch die Schweizerische Kreditanstalt ihrer deutschen Kundschaft Kundschreiben zugesandt, in denen es heißt: „Sie haben bei uns ein Guthaben in Mark. Wir teilen Ihnen mit, daß wir anseinerseits den Betrag dieses Guthabens der (solat der Name einer deutschen Großbank) überwiesen haben und daß er dort zwar auf unserer Kamen, aber auf Ihre Gefahr ohne unsere Haftung lagert.“ Weiter wird betont, daß die Bank das Geld nur unter diesen Bedingungen weiter besaße. Dieses Schreiben ist hoch interessant. Die Schweizerischen Banken heben die hohen Zinsen ein, die in Deutschland gezahlt werden, und lehnen das private Risiko ab. Sie wälen es auf ihre deutschen Kunden über, die eine minimale Verzinsung erhalten. Der Kapitalflüchtling wird auf diese Weise um seine Absichten betrogen. Darüber könnte man sich nur freuen, wenn nicht das deutsche Volk die Rechnung zu bezahlen hätte.

Kavallerietag in Dresden

Dresden, 12. Juli. Der erste deutsche Kavallerietag, der in Dresden abgehalten wird, brachte aus ganz Deutschland Vertreter der verschiedenen kavalleristischen Waffengattungen. Die Zeitung hat alles unternommen, um einen völlig unpolitischen, rein kameradschaftlichen Verlauf zu sichern. Unter anderem sah man Generalleutnant von Wankow und Generaloberst von S. nem, Oberbürgermeister Dr. Kütz betonte beim Empfang in Rathaus, daß man starken Nachdruck darauf gelegt habe, jede politische Tendenz abzuhalten fernzubehalten. Das Ausland werde gut tun, sich daran zu gewöhnen, daß auch das neue Deutschland die Tradition aufste, und das verede, was im alten Deutschland groß gewesen sei. Generalleutnant von Wankow erwiderte im Namen des Kavallerietages, er danke für den schönen Empfang. Es sei in der Tat ja, wie Dr. Kütz ansagt habe, daß die Tagung der kameradschaftlichen Erinnerung und der Befundung der kameradschaftlichen Liebe setze. Einen Krieg herauszufordern könne ihnen allen fern. Gerade die alten Soldaten, die den Krieg mitemacht hätten, wäkten, was er bedeute, und sie seien deshalb keine Kriegshocher. Sie wollten für Volk und Vaterland den Frieden, aber einen Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit und in voller Ehre. An einem Festzug der ehemaligen deutschen Kavalleristen nahmen viele Tausende alter Soldaten teil und auch eine Abordnung der Reichswehrmännchen.

Zubehaltung Dänemarks durch Norwegen

Oslo, 11. Juli. Die Entscheidung über die Dänischlandfrage wurde nachts in einem unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrat getroffen, um eine geeignete Grundlage zur Beilegung des Streites mit Dänemark vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu schaffen, da die dänischen Vorschläge zur Lösung dieser lebenswichtigen Gebietshoheitsfrage nicht als annehmbare Grundlage erscheinen.

Der südlawische Generalkonjunkt erschossen aufgefunden

Berlin, 13. Juli. Der südlawische Generalkonjunkt Dr. Barthauten ist in seiner Wohnung in den Zeiten erschossen aufgefunden worden. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Mordkommission ist noch am Tatort.

Die Verordnung über den Volksentscheid „Landtagsauflösung“

Berlin, 12. Juli. Die Verordnung über das Volksbegehren und zur Durchführung des Volksentscheids über die Auflösung des preussischen Landtages liegt nunmehr vor. Die Verordnung besteht aus vier Paragraphen. In ihr wird darauf hingewiesen, daß der zur Entscheidung der Frage über die Auflösung des Landtages nach der Verfassung eingeleitete Ausschuss, der bekanntlich aus dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Landtages und dem Präsidenten des Staatsrats besteht, es abgelehnt hat, den Landtag aufzulösen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß der Landtag selbst in seiner Sitzung vom 9. Juli 1931 die Auflösung abgelehnt hat. Da demnach dem unter Führung des Stahlhelms gemäß der Feststellung des Staatsministeriums vom 30. Juni 1931 rechtswirksam zustande gekommenen Volksbegehren auf Auflösung des Landtages nicht entsprochen worden sei, werde die Frage, ob der Landtag aufgelöst werden soll, nunmehr zum Volksentscheid gestellt. Abstimmungstermin der 9. August. Der Stimmzettel hat den Ausdruck: „Soll der preussische Landtag aufgelöst werden?“

Eröffnung der internationalen Ausstellung „Das Lichtbild“

Essen, 12. Juli. Vor einem Kreis geladener Gäste wurde die internationale Ausstellung „Das Lichtbild“ eröffnet. Sie stellt eine Parallelausstellung zur Ausstellung des deutschen Künstlerbundes dar und gliedert sich in drei Abteilungen: Theorie und Technik der Lichtbilderei, Ausstellung der Photographen und die der Amateure. Nachdem Dr. Kästner für die Ausstellungsleitung und Vertreter der genannten Verbände sich über den Zweck und die Ziele der Ausstellung verbreitet hatten, beschäftigten die Gäste die Ausstellung.

Soartundegebung in Neustadt a. S.

In Neustadt an der Hardt hielt am Sonntag der Bund der Soartvereine seine elfte Jahresversammlung. In einer Entschliessung wurde festgesetzt: Die Fremdberrschaft, die dem Volk an der Saar im Verfaller Vertrag aufgezwungen wurde, verletzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen Beachtung festerlich zugesichert war. Die Zwecke, die der Verfaller Vertrag mit der besonderen Soartregelung verfolgte, sind durch die Entwicklung überholt. Das Volk an der Saar hat in völlig eindeutigen und einmütigen Kundgebungen seit dem Beginn der Fremdberrschaft fortgesetzt die Rückkehr des Soargebiets unter die deutsche — preussische und bayerische — Regierung, die Rückgabe der Gruben an das Deutsche Reich, die Wiederanlieferung an das deutsche Zollgebiet gefordert. Es erbeht diese Forderungen mit gleichbleibender Festigkeit auch heute.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held betonte in seiner Festansprache die unerschütterliche Treue der Soartbevölkerung. Jedesmal, wenn die Meinung auftauchte, die Rückkehr des Soargebiets zu erreichen, wenn Deutschland sich zu neuen Opfern bereitfinden lasse, habe das Saarvolk einmütig zu erkennen gegeben, daß es weitere Opfer des Reiches ablehne und wenn es sein müsse, die Abstimmung von 1935 abwarten werde. In dieser Tatsache liege ein Dedentum, wie es sich kaum im Laufe der Geschichte bei einer anderen Gelegenheit, bei einem anderen Volke jemals geäußert habe. Es gebe keine andere Lösung der Soartfrage, als daß das ganze Gebiet wieder seinem Mutterlande unverändert zurückgegeben werde.

Von zahlreichen Reichsbehörden, u. a. von Reichskanzler Dr. Brüning, ferner von zahlreichen Landesbehörden, kommunalen und wirtschaftlichen Verbänden, verschiedenen Parteien usw. waren Begrüßungsdelegationen eingelaufen.



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 14. Juli 1931.

Antikliches. Bei der kürzlich vorgenommenen zweiten höheren Justizdienstprüfung sind u. a. die nachgenannten Referendare zu Gerichtsassessoren bestellt worden: Dr. Richard Arnold von Engelsbrand, O.A. Reutenburg, Dr. Manfred Pantle von Feldrennack, O.A. Reutenburg. Dienstaufträge. Im Bereiche des Landesfinanzamts Stuttgart wurde verjagt Steuerinspektor Zambucker bei dem Finanzamt Freudenstadt an das Finanzamt Ulm.

Kadettverein Altensteig. Am Sonntag morgen hieß es wieder Stahltrog heraus und um 7.30 Uhr wurde in den Sattel geschwungen, voran unsere Senatoren. So ging's im gemütlichen Trab des Jindachtal bis zur Waldsäge hinauf. Aber o weh! Da parierte unserem ehemaligen Brigadeführer sein Stahltrog nicht mehr und im Vintgalopp ging es mit seinem Reiter der Wirtschaft zum kühlen Grunde zu, natürlich seinen Redenlameraden mit sich reisend, um sich dort abzukühlen. Die übrigen Teilnehmer nahmen am Waldrand Platz und nach vierstündiger Schweißpause ging es vollends Kälberbrunn zu, in das Schloss zur „Schwane“, wo wir noch einige Sportkameraden antrafen, die mit dem Auto (unserem großen Bruder) dort angekommen sind. Nach einem einständigen gemütlichen Aufenthalt tried uns die Sehnsucht und das Pflichtgefühl wieder der Heimat zu, um die versprochenen Zeit nach Hause zu kommen. Im flotten Tempo ging es über Gröndach wohlbedient in das Rogoldtal zurück. Alles in allem, es war wieder schön und es ist auch gesund, sich in der reinen Morgenluft so gleichmäßig zu bewegen, deshalb wurde auch angeregt, bald wieder so eine kleine Tour zu machen und es ist zu wünschen und zu hoffen, daß sich das nächstemal noch weitere Sportkameraden anschließen. Auf unseren Kadspott ein fröhliches „All Heil!“

Rogold, 13. Juli. Heute fand auf dem Stadttier die landliche Bezirksrindviehschau unter Leitung von Landesökonomierat Dr. Dohler in Herrenberg statt. Preisrichter waren außer ihm noch Bürgermeister Braun in Liebersberg und Ökonomierat Pfersich in Calw. Zugelassen waren nur Herdbüchtere aus dem Oberamt Rogold. Die Besichtigung war nach Zahl und Qualität bescheiden. Von den Ferkeln erhielt in der Altersklasse „Hellas“ die Gemeinde Gillingen einen 2. Staatspreis. In der Jugendklasse je ein Ferkel der Gemeinden Rogold, Sulz und Gartzweiler einen 3. Staatspreis. In der Altersklasse der Rube erhielt je eine Kuh des Schäfer-Böfingen, Ruff, Köhlerwirts Wm. Spielberg und Hirschwirt Schleeh-Gartzweiler einen 3. Staatspreis. In der Jugendklasse der Rube stand eine das Zuchtziel bestens darstellende Kuh des Mld. Koch-Böfingen mit einem 2. Staatspreis an der Spitze, dahinter Otto Heintzel-Egenhausen; Schäfer und Georg Koch-Böfingen mit je einem 3. Staatspreis.

Rogold, 13. Juli. (Unfälle.) Bei der Schafbrücke stürzte ein hiesiger Motorradfahrer mit seiner Beifahrerin, daß beide ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert werden mußten. — In Helsenhausen wurde Gemeindepfleger Kaiser beim „Bumm“ von einem Motorradfahrer aus Sulz a. N. angefahren. Er mußte mit einer Gehirnerschütterung ins Bezirkskrankenhaus überführt werden.

Rogold, 14. Juli. (Abschied von Oberstudiendirektor Seiler.) Nach 18jähriger Betätigung am hiesigen Seminar verläßt am heutigen Tage Herr Oberstudiendirektor Seiler unsere Stadt. Der Scheidende, der durch seine Tätigkeit eng mit Stadt und Bezirk in Fühlung stand, hatte seit 1928 die Vorstandsstelle des hiesigen Seminars inne, nachdem er schon lange vorher als Lehrer Vorbildlich dort gewirkt hatte. Aber auch politisch trat Oberstudiendirektor Seiler in den letzten Jahren in den Vordergrund. 1924 gründete er den „Bund der entrechteten und betrogenen Später“, heute „Volkspartei“, deren Reichsvorsitzender er ist. Dem Landtag gehört er seit 1929 an. Am Samstagabend fand im „Läwenjaal“ eine Abschiedsfeier des Lehrerkollegiums für den Scheidenden statt. Aus den vielen Ansprachen und dem zahlreichen Besuch ließ sich die große Liebe und Wertschätzung, die sich Studiendirektor Seiler in Rogold erworben hatte, heraushehren. Die Feier war umrahmt mit musikalischen Darbietungen von Studentat Schmid.

Calw, 13. Juli. Der Verband Südd. selbst. Küfermeister e.B. hielt über das Wochenende seinen 27. Verbandstag in Calw ab. Die Küfer- und Käßlerzwangsinnung des Bezirks, insbesondere ihr rühriger Obermeister Friedrich Schäd jun., hatten alles aufgeboten, um den weit über 600 Gästen aus dem Lande Württemberg einen Empfang und einen Aufenthalt zu bieten, der wohl allen Tagungsteilnehmern in annehmlicher Erinnerung bleiben wird. Den Auftakt zur Tagung bildete am Samstag mittag die Eröffnung einer Küfer- und Käßlerausstellung in der Stadt. Zeremonie und deren nächster Umgebung. Bürgermeister Götzler eröffnete mit einer Ansprache die Ausstellung, wobei er auch Begrüßung der erschienenen Gewerkschaften den Ausstellern wie der Küferinnung Calw für das Zustandekommen der umfassenden Ausstellung dankte und dieser den besten Erfolg wünschte. Ein Rundgang durch die von 13 Firmen besuchte vielseitige Fach-Ausstellung vermittelte die Ueberzeugung, daß hier alle den Berufsstand angehenden technischen Fragen eingehend berücksichtigt waren. Nachdem Samstagmittag der Verbandsausflug und die Obermeister des Verbandes im „Käßler“ getagt hatten, fand abends im „Weißhirs Saal“ ein von schwäbischer Gemütlichkeit getragener Begrüßungsabend statt. Der Sonntag brachte die Hauptverbandstagung. Nach Verkennung des Jahresberichts durch den Verbandsvorsitzenden und des Geschäfts- und Kassenberichts durch den Verbandsführer Stenbeck hielt Prof. Dr. Reikner-Löwenberg einen Vortrag über „Die Batterien des Weines und Obstweines“, worauf Zivilingenieur Fabiich, Leiter des Instituts für Rentabilitätsuntersuchungen in Stuttgart, über den wirtschaftlichen Antrieb für Holzbearbeitungsmaschinen referierte. Daraus anschließend erfolgte durch Affirmation die Neuwahl des Verbandspräsidenten und -ausfühlers, worauf man dem Verbandsvorsitzenden, Obermeister Gustav Götz-Stuttgart, der den Verband nunmehr seit 25 Jahren leitet, eine verdiente Ehrung zollte. Für das nächste Jahr beschloß man, keinen Verbandskongress abzuhalten und sich mit einer geschäftsmäßigen Obermeister-Tagung in Stuttgart zu begnügen. Dagegen soll 1933 wieder ein Verbandstag in Ehingen stattfinden.

Höfelingen, 14. Juli. (Notlandung.) Heute morgen um 8 Uhr landete hier ein polnisches Sportflug-

zeug. Das Flugzeug war auf dem Weg nach Stralsburg und mußte wegen einem Motordefekt eine Notlandung vornehmen. Der Abflug kann erst nach den nötigen behördlichen Formalitäten erfolgen.

Freudenstadt, 13. Juli. (Grundsteinlegung des Gedächtnishauses des SSB auf dem Schiffsplatz.) Es hat lange gedauert, bis endlich der Schwäbische Schneelaufbund seinen alten Plan, ein Gedächtnishaus zur Erinnerung für seine im Weltkrieg gefallenen Mitglieder zu erstellen, zur Tat werden lassen konnte. Am so lustiger knatierte nun am Samstag nachmittag die schwarz-rote Flagge droben auf dem Schiffsplatz über dem Bauplatz, den die Gemeinde Baiersbrunn dem SSB gestiftet hat; vor wenigen Wochen erst sind die Aushubarbeiten begonnen worden; am Samstag schon konnte der Grundstein gelegt werden. Es ist eine kleine, schlichte Feier gewesen, ohne viel Drum und Dran, ohne Prunk und Glanz; mit ernsten Gedanken standen die Herren des Schwäbischen Schneelaufbundes, die heraufgefahren waren, an der Stätte, an der sich das Gedächtnishaus erheben soll, dessen Grundplan jetzt schon deutlich zu erkennen ist.

Freudenstadt, 13. Juli. (Sommer-Gautagung der Deutschen nationalen Volkspartei.) Die Sommer-Gautagung der Deutschen nationalen Volkspartei, die gestern hier stattfand, war von 200 Personen besucht. Für den vor einigen Wochen von seinem Amt zurückgetretenen ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Freudenstadt, Dr. Rudolph Seiler, begrüßte Stadtrat Fried die Versammlung und sprach sein Bedauern über die Vorgänge aus, die zu der Amisiederlegung des langjährigen Vorsitzenden geführt haben, dem er Worte des herzlichsten Dankes für seine treue Arbeit widmete. Als erster Redner sprach dann Landtagsabgeordneter Dr. Schott-Stuttgart über „Deutschlands Not und seine Rettung“. Er ging dann aus, daß man der nationalen Opposition wegen ihres neuartigen Beschlusses, den Kampf gegen die Regierung Brünning verstärkt durchzuführen, den Vorwurf mache, sie falle der Vertretung des Deutschen Reiches in den Rücken. Dr. Schott erklärte, daß eine Regierung Brünning, die mit einem Dietrich und einem Curtius belastet ist, einfach untragbar ist, wenn wir endlich aus dem Sumpf herauskommen. Als zweiter Redner beleuchtete Direktor Hümelein-Ebingen die Lage Deutschlands von der wirtschaftlichen Seite her. Die letzte Kriegsurkunde war die Tüchtigkeit des deutschen Kaufmanns, Ingenieurs und Arbeiters, die aus Deutschland ein Exportland machten und den Profit der englischen Kaufleute schmälerten. Sie zu vernichten war das Ziel des Krieges. Mit militärischen Mitteln wurde es nicht erreicht; deswegen geht heute der wirtschaftliche Vernichtungskampf weiter. Der marxistische Einfluß und die Parteiwirtschaft bedeuten unser Ende. Deshalb muß damit Schluss gemacht werden und endlich wird es die nationale Opposition für ihre Aufgabe halten, dafür zu sorgen, daß nicht mehr anonyme Parteien herrschen, sondern daß die Führer der Regierung mit Kopf und Krone und Vermögen für das hasten, was sie tun.

Schweningen a. N., 12. Juli. Freitag abend stießen an der Kreuzung beim Hotel „Röfle“ zwei Kadfahrer so unglücklich zusammen, daß beide zu Fall kamen. Der Anprall war so stark, daß einer der Kadfahrer, der verheiratete Ernst Krahl von Weiklingen, bewußtlos vom Platze getragen werden mußte. Der Verletzte trug am Auge eine klaffende Schnittwunde davon. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt.

Ebingen, 12. Juli. Milchhändler Streich von hier war gestern früh mit seinem Auto am Bahnhof, um von auswärts kommende Milchmannen abzuholen. Während er sich mit dem Ausladen der Kannen abgab, hatte er seinen zwei einhalbjährigen Knaben, der öfters mitfahren darf, auf dem Auto sitzen lassen. Auf einmal kam dem Kleinen die Lust an, Wagenführer zu spielen. Obwohl der Vater das Auto abgeblockt hatte, brach es der Knirps fertig, zu öffnen und wupp — setzte sich das Auto in Bewegung, die Bahnhofstraße einwärts, um dann aber bald auf einen Wagen aufzustehen. Die Schußscheibe wurde zertrümmert, sonst aber kein weiterer nennenswerter Schaden angerichtet. Zum Glück war auch dem drohlichen Automobilisten, trotzdem rings um ihn die Glasplitter lagen, nicht das geringste Leid widerfahren.

Stuttgart, 13. Juli. (Sturmausdie Sparfassen.) Die Kerosinstadt, die die Vorgänge in Berlin verursacht haben, zeigte sich darin, daß sich bei den Sparfassen ein harter Ansturm des Publikums bemerkbar machte und zwar sowohl bei der Stadt Sparkasse, wie auch bei der Landesparfasse. Die Folge davon war, daß die Sparfassen eine Rationalisierung der Auszahlungen vornahmen, denn es ist selbstverständlich, daß bei einem solchen unerwarteten Anbruch das Bargeld in dem verlangten Umfang nicht vorliegen kann. Die Stadt Spar- und Grofasse hat im Laufe des Vormittags über 1 Million Mark ausgezahlt. Jetzt werden nur noch 100 Mark abgegeben, was die Landesparfasse von Anfang an tat. Das Publikum kann man vor solchem törichtem Verhalten nicht eindringlich genug warnen. Das Geld ist auf den Sparfassen viel besser aufgehoben als zu Hause.

Stuttgart, 13. Juli. (Falsche Gerüchte über Unruhen in Stuttgart.) Die im Lande umlaufenden „wilden“ Gerüchte über gefährliche Unruhen in Stuttgart entbehren jeder Grundlage. Die Polizei mußte, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht in einem einzigen Falle einschreiten. Selbst bei den größeren Ansammlungen vor den Bankgebäuden ist es in keinem Falle zu Unruhen gekommen.

Stuttgart, 13. Juli. (Beschlagnahme der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Hauptblatt der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ Nr. 146—159 vom Montag, den 13. Juli, ist wegen Vorbereitung zum Hochverrat durch einen Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart I beschlagnahmt worden.

Aus Baden

Forstheim, 12. Juli. (Verkehrshörung.) Am 11. Juli, nachmittags 3.40 Uhr, drach an einem Langholzwagen auf der Durlacherstraße ein Rad. Die Stämme fielen auf die Schienen der elektrischen Stroßenbahn, so daß der Verkehr etwa 20 Minuten unterbrochen werden mußte.

Triberg, 13. Juli. (Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen.) Der Gemeinderat Triberg hat beschlossen, daß die Wasserfälle künftig nur noch gegen Erhebung eines Eintrittsgeldes zugänglich sein sollen. Die Eintrittsgelder werden bis auf weiteres der Kurverwaltung überlassen, welche auch die Aufsicht und Kontrollkosten zu tragen hat. Die Triberger Einwohner-

schaft und die mit Ausweis versehenen Kurgäste haben freien Zutritt.

Willingen, 12. Juli. (Geldäute für Gottmadingen.) Die hiesige Glodengießerei Grüninger stellt für die im Neubau begriffene, katholische Pfarrkirche in Gottmadingen, Amts Konstanz, ein Geldäute her, dessen Gesamtgewicht 8500 Kilogramm betragen solle. Gegenwärtig wird an der Herstellung eines Glodenspiels von ca. 2500 Kilogramm gearbeitet, das für den mexikanischen Wallfahrtsort Guadalupe bestimmt ist.

Bad Peterstal, 12. Juli. (Bergrutsch.) In der Nacht zum Samstag kamen etwa 20.000 Kubikmeter Geröll zwischen hier und Griesbach ins Rutschen und stürzten zur Ebene hinab. An dieser Stelle, die bei der Ueberbrücke an der Randstraße liegt, wird zurzeit am Bahnbau gearbeitet. Drei in der Gefahrenzone liegende Häuser mußten geräumt werden. Die Bahnbauarbeiten werden nicht beeinträchtigt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Stimson Mittwoch in Paris. Der amerikanische Staatssekretär Stimson begibt sich am Dienstag nachmittag mit dem Expresszug von Rom aus direkt nach Paris, wo er am Mittwoch eintrifft.

Dänemark klagt beim Internationalen Gerichtshof im Haag. Die dänische Regierung hat sich an den permanenten Gerichtshof im Haag gewandt mit einer Klage über den verurteilten Rechtsbruch durch die von der norwegischen Regierung proklamierte Okkupation in Ostgrönland und mit dem Verlangen, daß diese Okkupation als dem bestehenden Rechtszustand zuwiderlaufend erklärt wird.

Stahlhelmschutz verunglückt — Sieben Schwer- und neun Leichtverletzte. Am Sonntag überschlug sich in der gefährlichen Kurve unterhalb des Ortes Wiedersbach ein Erfurter Schnellzug mit Stahlhelmschützen, die sich zum Rudiger Flugtag begeben wollten. Außer neun Leichtverletzten sind sieben Schwerverletzte zu beklagen, die sämtlich in das Kreiskrankenhaus Hildburghausen eingeliefert wurden.

Demonstration gegen „Im Westen nichts Neues“. Gegen Schluß einer Abendvorstellung des Films „Im Westen nichts Neues“ im Kory-Balast in Frankfurt a. M. wurde durch ein Fenster ein Explosivkörper in das Theater-Foyer geworfen. Glücklicherweise war im Foyer niemand anwesend.

Brandkatastrophe in einem Hunzrüdorf. Der Hunzrüdorf Lindenheid wurde von einer schweren Brandkatastrophe heimgesucht. Das Feuer, das in der Scheune des Gemeindevorsethers entstand, griff auf die umliegenden Bauflächen über, so daß innerhalb kurzer Zeit fünf Scheunen und ein Wohnhaus niederbrannten. Der 27 Jahre alte Sohn des Gemeindevorsethers, der seit längerer Zeit zu Schwermut- anfällen neigte, und schon öfters Selbstmordabsichten geäußert hatte, hat die Scheune seines Vaters in Brand gesetzt. Seine verohlte Leiche wurde unter den Trümmern aufgefunden.

Leichensund in Wamslau. Am Samstag wurde von zwei landwirtschaftlichen Arbeitern in einem Roggenfeld die Leiche einer unbekannt, etwa 25 Jahre alten Frau gefunden. Es liegt ein Mord vor.

Reichswehrpflichtig in Magdeburg angegriffen. Am Sonntag kam es in der durch kommunistische Unruhen mehrfach bekannten Jakobstraße zu einem Zwischenfall. Ein Offizier der Reichswehr, der an einer privaten Veranstaltung teilgenommen hatte, wurde auf dem Wege von Romdies überfallen. Diese drangen auf ihn ein, schlugen ihn zu Boden und brachten ihm mehrere Verletzungen bei. In höchster Not machte der Offizier von der Schußwaffe Gebrauch und verletzte einen der Angreifer tödlich durch den ersten Schuß.

Handel und Verkehr

Börsen

Berliner Produktenbörse vom 13. Juli. Weizen märz 250 bis 261, Roggen märz 185—190, neue Wintergerste 152—160, Hafer märz 160—166, Weizenmehl 30.75—36.75, Roggenmehl 26.75 bis 28.50, Weizenkleie 12.50—12.75, Roggenkleie 11.25—11.50, Vitorienerböhen 20—31, Futterererböhen 19—21, Altsaameine Tendenz: unklar.

Stuttgarter Landesproduktionsbörse vom 13. Juli. Die Witterung war fast während der ganzen Berichtswocher regnerisch und kühl. Nach Bekanntwerden der geplanten Vermählungsanrede erfolgte eine Heraussetzung des Mehlpreises. Die kritische Lage am Geld- und Diskontmarkt löst auf dem Geldmarkt. An der heutigen Börse notierten: Auslandsweizen 30.50—32.50 (una), Inlandsweizen 29—30 (una), Hafer 19—19.50 (una), Weizenkleie 3.50 bis 4 (3.50—4.20), Kleien 4—5 (una), Stroß 3—3.75 (una), Weizenmehl 42—42.50 (41—41.50), Brotmehl 32—32.50 (31 bis 31.50), Mele 10.50—11 (una) Markt.

Fruchtscheune Rogold. (Markt am 11. Juli 1931.) Weizen: 35.00 Jtr. Weizen, Preis pro Jtr. 15.80—16.50 M, 4.00 Jtr. Rühfrucht, Preis pro Jtr. 15.00—15.25 M, 4.28 Jtr. Gerste, Preis pro Jtr. 13.50 M, 30.50 Jtr. Haber, Preis pro Jtr. 11.00 bis 11.30 M. Handel lebhaft, Futterweizen, Gerste und Haber sind noch angefüllt in der Schrannehalle. — Nächster Fruchtmarkt am Samstag, den 18. Juli 1931.

Schweinepreise. Crailsheim: Käufer 21—26, Milchschweine 10—16 M. — Gillingen: Milchschweine 9—14, Käufer 26 bis 42 M. — Giengen a. Br.: Milchschweine 10—16, Käufer 26—37 M. — Hall: Milchschweine 10—16 M. — Herrenberg: Milchschweine 11—18, Käufer 24 M. — Jilsbosen: Milchschweine 10—15 M. — Künzelsau: Milchschweine 9 bis 19 M. — Marbach: Milchschweine 10—18 M. — Rörtlingen: Milchschweine 9—15, Käufer 25 M. — Dörtingen: Milchschweine 13—19 M. — Rosenfeld: Milchschweine 9—15 M. — Rottweil: Milchschweine 11—19 M. — Ulm: Milchschweine 10—18 M. — Waiblingen a. G.: Milchschweine 9 bis 17, Käufer 30 Markt.

Fruchtpreise. Giengen a. Br.: Roggen 10.40, Gerste 12 M. — Tübingen: Weizen 16.20—16.80, Dinkel 11—12, Gerste 12—14, Haber 11—12 Markt.

Katastrophale Lage des Münchener Schlachtviehmarktes. Im Hinblick auf die neuerliche katastrophale Entwicklung der Lage auf dem Münchener Schlachtviehmarkt, der in der Preisbildung für ganz Süddeutschland von ausschlaggebender Bedeutung ist, hat laut „Staatszeitung“ die Bayerische Landesbauernkammer an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, folgendes Telegramm gerichtet: „Der akute Münchener Viehmarkt zeigt wiederum ein katastrophales Bild. Bei 2818 Stück Großvieh-Waltrieb verblieb trotz Stützungsaktion ein Restbestand von 1078 Stück. Die sofortige ständige Wiederinfraktion des Eintrittepreises für Großvieh ist daher eine zwinrende Notwendigkeit für die gesamte Süddeutsche Landwirtschaft.“



Letzte Nachrichten

Die Botschafter Deutschlands, Englands und Frankreichs bei Stimson

Rom, 13. Juli. Der amerikanische Botschafter Garrett hatte für den heutigen Spätnachmittag die Botschafter von Deutschland, England und Frankreich zu einem Tee eingeladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Stimson kennen zu lernen. Die Unterhaltung Stimmons mit den Botschaftern der drei Länder, deren Hauptstädte er noch besuchen will, dauerte etwa eine Stunde.

Noch keine Entscheidung über eine Zusammenkunft der Staatsmänner

London, 13. Juli. Gelegentlich einer Anfrage über die Vorbereitungen zu den Konferenzen der Sachverständigen und der Minister in London erklärte MacDonald im Unterhaus, daß noch keine offizielle Entscheidung in Bezug auf eine Zusammenkunft der Staatsmänner getroffen sei. Weitere Zwischenfragen über die Ereignisse während des Wochenendes und die politischen Forderungen Frankreichs blieben unbeantwortet.

Ueberschwemmungen in Rußland

Moskau, 13. Juli. Infolge des anhaltenden dreitägigen Regengusses wurden eine Anzahl Gruben und Kraftwerke im Donerbeden überflutet.

Nicht Tote bei einem Flugunfall in Rußland

Moskau, 13. Juli. Gestern morgen ereignete sich bei dem Bahnhof Maschina etwa 47 Kilometer von Moskau ein schweres Flugzeugunglück. Der stellvertretende Chef des Stabes der Roten Armee, der stellvertretende Leiter des Amtes für Motorisierung und Mechanisierung, sowie ein

Mitarbeiter des Stabes der Roten Armee, ferner zwei Piloten, ein Beobachter und zwei Flugtechniker wurden getötet.

Humor

Der Philosoph. „Du kommst sehr spät nach Hause, August! Weißt du auch, daß es fünf Minuten vor Mitternacht ist?“ — „Das will doch nichts belegen! Wenn ich zu Hause geblieben wäre, würde es doch jetzt genau so spät sein!“

Richter, der sich bemüht, die beiden feindlichen Parteien zu einem Vergleich zu bewegen: „Ich sehe, die Vernunft mag hier nichts ausrichten. So soll denn das Gericht entscheiden!“

Gekörben

Nagold: Elisabeth Köhle geb. Kentscher, 74 J. a.

Natürliches Wetter für Mittwoch

Unter dem Einfluß mäßigen Hochdrucks ist für Mittwoch vielfach heiteres, aber zu Gewitterstürmungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

2 Ratschläge

für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut solle man vor und nach der Sonneneinstrahlung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme bestrichen; man erziele dann eine dauerhafte Wirkung ohne Sonnenbrand. Creme bestrichen — fesselt in voller Wirkung; feilhaftig in voller Wirkung — Tube 60 Pf. und 1 Pf., Beodor-Beiselle 60 Pf. In allen Chlorodont-Berlinshäusern zu haben.
2. Zur Erlangung schönweißer Zähne solle man täglich u. abends die Zähne mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont, die auch an den Seitenflächen, mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen effektvollen Glanz erzeugt. Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf. u. 90 Pf. Chlorodont-Zahnbürste 1 Pf., Kinderbürste 60 Pf., Chlorodont-Mundwasser 1 Pf.

Wartte
 Stuttgart, 12. Juli. (Vom Obstmarkt.) Der Marktverkehr zeigt ein buntes Bild reichster Auswahl in allen Obstsorten. Die Zufuhr wächst weiter an, die Nachfrage genügt meist für Räumung des Angebots. Die Preise sind harten Schwankungen ausgesetzt, wie immer um die Zeit der ersten Kernobstfrüchte. Späte Erdbeeren 30-38, Himbeeren 30-38, Johannisbeeren 16-22, Stachelbeeren 16-20, Heidelbeeren 22-25, Kirschen 15-25, Äpfel 30-35, Birnen 16-28, Aprikosen 60-65, Pfirsiche 50-60 Mark pro Zentner. Für Kirschen ist wegen ausnehmendem Maderbefall nur geringes Interesse. Äpfel (B. Klarapfel), Birnen (Glasbirne, Bunte Juli, Claude blanche), Aprikosen und Pfirsiche kommen vielfach unreif und schlecht sortiert, sie stehen gegen die gut sortierten Auslandsfrüchte unvorteilhaft ab. Boden und die Pfälz bringen große Zufuhren in Gräbbitnen (Kornbirne, Glasbirne) meist ziemlich unreif. Spitzenware ist stets gesucht. Am Samstag bedeutende Ueberstände, besonders in Kirschen, Johannisbeeren und Heidelbeeren. Die Auslandsfrüchte zeigen sehr unterschiedliche Qualität. Aus Italien kommen Spaltoni- und Gentili-Birnen 25-32, Pfirsiche 35-45, Aprikosen 40-60, St. Kola- und Burbank-Pflaumen 25-35 Mark pro Zentner brutto für netto.

Konkurse
 Frk. Bornhäuser, Weingroßhandlung in Stuttgart-Wangen. A. Fuhs, Baugesellschaft mit beschr. Haftung in Reutlingen. Johanna Hämmerle geb. Bröler, jr. Inb. eines Gemischtwarengeschäfts in Obernheim. Wilhelm Häftele, Wagnermeister und Landwirt in Dietmannsweiler, Gde. Tannau.

Vergleichsverfahren
 Richard Van, Schäftsmacher in Badnang. Christian Seuter, mech. Schußfabrik in Waldstetten. J. E. Klais, Konfektionshaus in Schramberg. Adolf Strähle, Bädermeister in Oberstorf. Karl Dillmann, Sägewerksbesitzer in Rengen. A. Rint u. Hügel, Elektro-Installationsgeschäft in Amzell.

Einrichtung von Spülaborten.
 Spülaborte dürfen nach Art. 100 Nr. 3 g und h der Bau-D. nur mit Genehmigung der örtlichen Baupolizeibehörde eingerichtet werden. Die Einleitung von Spülabotwasser in Sickergruben oder in Abortgruben ist im allgemeinen unzulässig; ihre Einleitung in ein öffentliches Gewässer bedarf der Erlaubnis der Min.-Abteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung; sollen die Abwässer in eine öffentliche Dohle (Sammelkanal) fließen, so wird die Erlaubnis hierzu von der Baupolizeibehörde erteilt, die vorher die Min.-Abteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung um Bekanntgabe der Erlaubnisbedingungen zu ersuchen hat. (Min.-A.-Bl. des Innern 1929 S. 81.)
 Die unerlaubte Einrichtung von Spülaborten ist nach Art. 120 Bau-D. strafbar.
 Die Baupolizeibehörden haben darüber zu wachen, daß Spülaborte nicht ohne Erlaubnis eingerichtet werden.
 Es empfiehlt sich dringend, die Bauenden und die Bauhandwerker auf die Beachtung dieser Vorschriften ausdrücklich hinzuweisen.
 Nagold, den 11. Juli 1931.
 Oberamt: Baitinger.

Neuweiler, Marktanzeige!
 Zu dem am Donnerstag, den 16. ds. Mts. hier stattfindenden
Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt
 ergeht hiermit Einladung.
 Gemeinderat.

Rot- und Weißweine
 in gutgepflegten, reingehaltenen Qualitäten sowie tiefdunklen, hochgrädigen
Spanier
 zur Mostbereitung, empfohlen zu niedrigsten Tagespreisen
Berg & Schmid - Nagold.
 Leihgebinde von 20 Liter an. Günstige Zahlungsbedingungen.

Altensteig.
 Zur gegenwärtigen Verbrauchszeit empfehle meinen altbekannten, reell gebraunten
Kirsch-, Zwetschgen- und Fruchtbranntwein
 Karl Theurer

Photo-Arbeiten

Entwickeln Kopieren
 sowie **Vergrößerungen**
 erledigt prompt und sachgemäß
Photohaus Hiller
 Marktplatz — Telefon 148.

Heute von 2 Uhr ab auf dem Marktplatz
schöne Kirschen und Gemüse
 Frau Koch.
Flußland
 hat zu verkaufen
 Schmidt, Berneck
 Mühle am See.

Altensteig
Zur Mostbereitung
 empfehle mit Heidelbeeren und Traube
gelbe Stiel Candia-Rosinen
gelbe und schwarze Cypro-Rosinen
großbeerige, gelbe Rimp-Rosinen
 in Original-Säcken à 50 und 100 Pfund sowie im Anbruch zu herabgesetzten Preisen
Chr. Burghard Jr.

Uhrenkauf ist Vertrauenssache!
 Zur Zeit versuchen Hausierer Uhren zu vertreiben, wie dieselben zum gleichen Preis im reellen Fachgeschäft unter gewissenhafter Garantie zu haben sind.
Sie finden größere Auswahl und weitgehendste Zahlungserleichterung ohne Aufschlag.
 Lassen Sie sich nicht durch minderwertige Zugaben irreführen und decken Sie Ihren Bedarf im Fachgeschäft.
Uhrmacher Ortsgruppe Nagoldtal.


 Die luftleere Dose **1.71** nur noch Mk.
Gottfried Schillinger Pflanzgrafenweiler

Egenhausen.
Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Donnerstag, den 16. Juli 1931
 im Gasthaus zum „Dörsen“ in Egenhausen stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.
Martin Stichel | **Liesel Stoll**
 Sohn des | Tochter des
 Friedrich Stichel, Bauer | Jakob Stoll, Bauer
 in Egenhausen | in Egenhausen
 Kirchliche Trauung 1 Uhr.

Altensteig, den 14. Juli 1931,
Danksagung.

 Für alle wohlthuenden Beweise der Liebe und Teilnahme während der langen Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben Tochter u. Schwester
ANNA
 danken herzlichst
 Familie Seeger zum „Dörsen“.

